

Beantwortung Wahlprüfsteine

sächsische Landesarbeitsgemeinschaft Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (sLAG) vom 21. Juni 2024

Sehr geehrte Damen und Herren, die sächsische Landesarbeitsgemeinschaft Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (sLAG) vertritt über 100 Gedenkstätten, Vereine, Initiativen und engagierten Einzelpersonen. In einem Positionspapier hat die sLAG drei Kernforderungen für die kommende Legislaturperiode aufgestellt: 1. ein erinnerungspolitisches Konzept für den Freistaat Sachsen, 2. eine strukturelle und finanzielle Stärkung der Erinnerungskultur sowie 3. einen Ausbau von Vernetzung und Forschung zum Nationalsozialismus in Sachsen. (Mehr unter: <https://slag-aus-ns.de/publikationen/pressemitteilung-positionspapier-zur-landtagswahl-in-sachsen/>)

Folgende Fragen möchten wir im Vorfeld der Landtagswahl 2024 von Ihrer Partei beantwortet wissen.

1. Was sieht Ihre Partei als dringlichste Aufgabe in der Erinnerungskultur in den kommenden fünf Jahren?

Damit Geschichte der Zukunft etwas sagt, braucht es eine lebendige Kultur des Erinnerns. Wir wollen Sachsen zum Vorreiter einer modernen Gedenkstätten- und Zeitzeugenpädagogik entwickeln und die historisch-politische Bildung weiter qualifizieren. Die Förderung der Stiftung „Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft“ bauen wir aus, um die ehren- und hauptamtlichen Akteur:innen der vielfältigen Gedenk- und Erinnerungslandschaft zu unterstützen.

In der aktuellen Legislatur haben wir die Förderung der Erinnerungsarbeit – sowohl strukturell als auch personell – insgesamt deutlich gestärkt und die Erinnerungsarbeit als wichtiges Anliegen im Koalitionsvertrag gesetzt. Diesen Kurs werden wir in der nächsten Legislatur fortführen und nutzen das bestehende Momentum, um die Erinnerungs- und Gedenkstättenarbeit gezielt weiterzuentwickeln.

Eine lebendige Erinnerungskultur lebt vom Engagement der Menschen. Wir sehen es daher als dringliche Aufgabe an, bestehende Personalengpässe in den sächsischen Gedenkstätten zu überwinden und den Mitarbeiter:innen in den Gedenkstätten gute Arbeitsbedingungen zu bieten. Der Auf- und Ausbau von Personalkapazitäten in den Einrichtungen vor Ort, gerade auch für die Bildungs- und Vermittlungsarbeit, liegt uns daher sehr am Herzen.

2. Die sLAG fordert ein erinnerungspolitisches Konzept für den Freistaat Sachsen, um Entwicklungspotenziale, Fehlstellen und Finanzierungsbedarfe regelmäßig unter Beteiligung der Zivilgesellschaft und staatlicher Stellen festzustellen und fortzuschreiben. Welche Haltung hat Ihre Partei dazu?

Mit dem jüngst vorgelegten „Entwicklungskonzept für die Stiftung Sächsische Gedenkstätten 2025 bis 2034“ wurde ein gutes Grundlagenkonzept für die Stiftung und ihre Gedenkstätten erarbeitet. Um diese Impulse fortzuführen und bereits angestoßene positive Entwicklungsprozesse im Bereich der sächsischen Gedenkstättenarbeit strategisch langfristig aufzustellen, möchten wir einen Landesaktionsplan Erinnerungskultur aufsetzen. So wird dem Thema in Sachsen noch mehr Raum gegeben und es kann sich gemeinsam mit den Akteur:innen der Erinnerungsarbeit auf einen verbindlichen Handlungskatalog verständigt werden. In der Konsequenz greift die erinnerungspolitische Arbeit der Staatsregierung, der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und der freien Träger im Bereich der Erinnerungskultur noch stärker ineinander und erinnerungspolitische Fragen werden als fester Bestandteil der landesweiten Agenda definiert.

Dieser Prozess lässt sich auch durch eine bedachte Steuerung im Bereich der Projektförderung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten weiter stärken. Durch gezielte Ausschreibungen bspw. zu bestimmten erinnerungspolitischen Gedenktagen, lässt sich das gesamtgesellschaftliche Bewusstsein für Themen wie die Novemberpogrome 1938, den Genozid an den Sinti und Roma oder den Terror des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) weiter stärken.

Im Zuge eines sächsischen Landesaktionsplans Erinnerungskultur möchten wir auch Ziele im Bereich der Inklusion festlegen, die die barrierefreie Aufbereitung von Ausstellungsinhalten wie auch den barrierefreien Umbau der Gedenkstätten selbst beinhalten. Gleichmaßen sollen die Digitalisierung der Gedenkstättenarbeit, die Forschungs- und Dokumentationsarbeit sowie der innerdeutsche Austausch und der Ausbau von internationaler Netzwerkarbeit eine wichtige Rolle spielen.

3. Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten hat in ihrer Weiterentwicklungskonzeption einen Bedarf von 40 Stellen festgestellt, um den Betrieb der Gedenkstätten und die Projektförderung bedarfsgerecht erfüllen zu können. Die sLAG fordert deshalb eine Verdreifachung des Budgets. Wie steht Ihre Partei dazu?

Wie in der Antwort zu Frage 1 dargelegt, sehen wir in der Schließung von Personallücken eine vorrangige Aufgabe im Bereich der Erinnerungsarbeit. Wie sich die Empfehlungen der Stiftung Sächsischen Gedenkstätten finanziell bestmöglich übersetzen lassen, wird sich im Zuge der nächsten Haushaltsverhandlungen und vor dem Hintergrund der Gesamthaushaltsslage zeigen. Für uns ist jedoch klar, dass es hier einen deutlichen Mehrbedarf gibt und wir uns für eine schrittweise verbesserte finanzielle Ausstattung im Personalbereich einsetzen werden. Allerdings sehen wir die Bedarfe nicht allein in der Stiftung, sondern zum Teil auch in Gedenkstätten selbst.

Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten hat in den letzten Jahren von positiven Entwicklungen im Personalbereich profitiert: Das Personalbudget ist von 1,7 Millionen Euro mit 22 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) in 2014 auf 2,8 Millionen Euro mit 32,25 VZÄ in 2024 angewachsen. Für weitere 40 VZÄ – und somit die deutliche Vergrößerung des Stiftungsteams – wären rund 3,5 Millionen Euro zusätzlich erforderlich und eine Verdopplung der Mittel wirkungsvoll. Dieser Personalaufbau kann, wie auch schon in den Jahren zuvor, nur schrittweise realisiert werden.

4. Der sächsische Finanzminister hat wegen des Haushaltsdefizits angekündigt, dass pauschal über alle Ressorts hinweg Geld eingespart werden soll. Wie steht Ihre Partei dazu, bei den Gedenkstätten und im Projektförderbereich zu kürzen?

Die Haushaltslage im Freistaat Sachsen ist tatsächlich angespannter als noch vor fünf Jahren. Dennoch halten wir die pauschalen Haushaltssperren, die der Finanzminister verhängt hat, für falsch. Es kann nicht sein, dass Sachsen alles gibt, um deutscher Meister im Tilgen von Corona-Krediten zu sein und allein dieses Jahr knapp 400 Millionen Euro dafür ausgibt, nur um dann in allen gesellschaftlichen Bereich Mittel abzuknapsen. Wir setzen uns für eine kluge Finanzpolitik ein, zum Beispiel durch eine Reform der sächsischen Schuldenbremse, die hier bei uns in Sachsen strenger ist als in allen anderen Bundesländern. So wären die Kürzungen, die jetzt im Raum stehen, überflüssig.

5. Welche Instrumente sieht Ihre Partei, um historisch-politische Bildungsarbeit in den ehrenamtlichen Erinnerungsinitiativen zu stärken bzw. die Entstehung solcher Initiativen, insbesondere im ländlichen Raum, zu fördern?

Wir sehen im ländlichen Raum viel ehrenamtliches Engagement. Doch das ist kein Ruhekitzel, sondern ein Auftrag. Diese Arbeit braucht Unterstützung und Beratung, etwa im administrativen Bereich und in der Bildungsarbeit. Damit ehrenamtliche Initiativen bestmöglich begleitet werden und ihnen direkte Ansprechpartner:innen zur Verfügung stehen, werden wir die Stiftung Sächsische Gedenkstätten dabei unterstützen Personalkapazitäten im Bereich der Projektförderung auszubauen. Darüber hinaus möchten wir allgemein die Fördermittelverfahren vereinfachen. Dafür schenken wir den Bürgerinnen und Bürgern sowie Vereinen mehr Vertrauen und ersetzen umfassende Nachweise durch ein echtes Stichprobenverfahren. Denn weniger Bürokratie bedeutet für ehrenamtliche Initiativen mehr Zeit für die Organisation von Veranstaltungen, Facharbeit und Vernetzung.

Ehrenamtliche haben in den letzten Jahren unheimlich viel geleistet, doch sie dürfen sich nicht allein gelassen fühlen. Hier muss es Unterstützung geben. Initiativen, wie jene, die sich seit vielen Jahren für die Einrichtung der Gedenkstätte KZ Sachsenburg engagieren, müssen gehört und aktiv darin unterstützt werden, die bestehenden Lücken in der sächsischen Erinnerungslandschaft zu schließen. Für den Bereich der Aufarbeitung der SED-Diktatur gibt es sehr professionelle, hilfreiche Vernetzungstreffen bei der zuständigen Beauftragten Dr. Nancy Aris. Ähnliche Treffen wären auch für die Aktiven im Bereich der Zeit des Nationalsozialismus sinnvoll, die sLAG leistet hier bereits einen

wichtigen Beitrag. Generell wollen wir die Vernetzung untereinander stärken und zur Verschränkung von außerschulischen Bildungsorten mit den Schulen beitragen.

6. Laut Bundesinnenministerium wurden 2023 im Bereich der politischen Kriminalität 324 Angriffe auf Gedenkstätten registriert. (Drucksache 20/10926) Wie möchten Sie der gestiegenen Bedrohungslage für Erinnerungsorte und die demokratische Zivilgesellschaft begegnen?

Diese traurige Tatsache ist ein Spiegelbild der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. Durch historisch schiefe Vergleiche und Relativierungen sinkt auch der Respekt vor der Würde einer Gedenkstätte. Wir sehen es als unsere Aufgabe, solchen Erscheinungen schon entgegenzutreten, wenn sie "nur" verbal formuliert sind. Als weitere wichtige Aufgabe sehen wir die Herausforderung, jungen Menschen unsere historischen Orte des Unrechts nahe zu bringen, die dazu keine biographischen Bezüge mehr haben. Hier spielt für uns moderne Wissensvermittlung eine große Rolle, gemeinsam mit Zeitzeug:innen und ihren Familien.

Und: Mitarbeiter:innen in Gedenkstätten verdienen eine ebenso professionelle Beratung in Bedrohungslagen wie Amtsträger:innen aus Politik und Verwaltung. Mit ZORA, der zentralen Anlaufstelle für Opfer von Rechtsextremismus und Antisemitismus, bieten wir in diesem Bereich zivilgesellschaftlichen Akteuren bereits direkte Ansprechpartner der Generalstaatsanwaltschaft Dresden sowie ein Beratungs- und Unterstützungsangebot für den Opferschutz.

7. Im „Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus“ wurde die Erfassung von NS-Zwangsarbeitsorten in Sachsen als vordringliche Aufgabe benannt. Wie steht Ihre Partei dazu, eine Koordinationsstelle bei der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig einzurichten, um das Vorhaben langfristig zu sichern?

Dieses Vorhaben unterstützen wir. Wir wünschen uns eine Aufarbeitung dieses oft in den Hintergrund geratenen Themas gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarländern, aus denen die Menschen stammen, die unter Zwangsarbeit leiden mussten.

8. Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass auch in der kommenden Legislaturperiode Bildungsfahrten von Schulklassen an Lernorte des Erinnerns gefördert werden?

Wir wollen Gedenkstättenfahrten auch künftig fördern und die Landesservicestelle „Lernorte des Erinnerns und Gedenkens“ weiter unterstützen. Alle Jugendlichen sollen sich aktiv mit deutscher Diktaturgeschichte auseinandersetzen. Ob der Besuch einer KZ-Gedenkstätte in Sachsen, Tschechien oder Polen, eines anderen Bildungsorts oder ein Projekt als pädagogisches Mittel gewählt wird, sollen die Schulen frei entscheiden, jedoch sollen die Schulen ausreichend Budget zur Realisierung ihrer Projekte und Bildungsfahrten zur Verfügung haben.

9. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, den Bildungsauftrag in Jugendarbeit, Jugendhilfe und im Rahmen soziokultureller Angebote auch im Hinblick auf politisch-historisches Lernen zu stärken?

Demokratiebildung und politische Bildung sind unverzichtbar. Sie ermutigen und befähigen zur Beteiligung und Mitwirkung in der Gemeinschaft. Wir fördern Projekte in Kitas, Schulen sowie der Kinder- und Jugendhilfe weiter, in denen Kinder und Jugendliche von Anfang an Demokratie verstehen und leben lernen. Die politische Bildungsarbeit wollen wir weiter ausbauen und die entsprechenden Träger fördern. Bei der Erarbeitung von neuen Konzepten der Träger im Bereich der Jugendarbeit, etwa im Bereich Kinder- und Jugendfreizeiten, Sommercamps etc., wünschen wir uns, dass Gedenkstätten und Erinnerungskultur „mitgedacht“ werden und möchten das verknüpfen. Wir wollen auch dafür sorgen, dass die Akteur:innen der verschiedenen Bildungsorte sich kennen. Über Vernetzungstreffen und Netzwerktagungen befördern wir Best Practice, sodass Impulse auch in der Kinder- und Jugendarbeit gesetzt werden.